

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(17. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Kretschmer, Katherina Reiche,
Thomas Rachel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/1696 –**

**Die Innovationskraft Deutschlands stärken – Zukunftschancen durch moderne
Forschungsförderung eröffnen**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper,
Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/1932 –**

Aktionsplan für freie, effiziente und innovative Forschung

A. Problem

1. Der Forschungsstandort Deutschland lebt von seiner Substanz. Der Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit 2002 zeigt, dass Deutschland bei der Intensität von Forschung und Entwicklung im Vergleich mit den OECD-Ländern an Stärke verloren hat und bei den Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt hinter Schweden, Finnland, Japan, den USA, Korea und der Schweiz liegt. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, durch indirekte und breitenwirksame Fördermaßnahmen die Innovationskraft Deutschlands zu stärken.

2. Der Europäische Rat von Lissabon hat beschlossen, dass die Europäische Union im Jahr 2010 der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt sein soll und dass Wirtschaft und öffentliche Hand bis 2010 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Forschung investieren sollen. Das Ziel kann nur erreicht werden, wenn Deutschland strukturelle Defizite in der Forschungsförderung beseitigt und wieder Nettoexporteur von Wissen und Technologie wird. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, einen Aktionsplan für eine freie, effiziente und innovative Forschung vorzulegen.

B. Lösung

- 1. Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/1696 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**
- 2. Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/1932 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/1696 und/oder Annahme des Antrags auf Drucksache 15/1932.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/1696 – abzulehnen,
2. den Antrag – Drucksache 15/1932 – abzulehnen.

Berlin, den 14. Januar 2004

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende und
Berichterstatterin

Jörg Tauss
Berichterstatter

Michael Kretschmer
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jörg Tauss, Michael Kretschmer, Hans-Josef Fell und Ulrike Flach

I. Überweisung

1. Der Deutsche Bundestag hat in seiner 73. Sitzung am 7. November 2003 den Antrag – Drucksache 15/1696 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit sowie den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen überwiesen.
2. Der Deutsche Bundestag hat in seiner 73. Sitzung am 7. November 2003 den Antrag – Drucksache 15/1932 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Es gibt Anzeichen, dass der Forschungsstandort Deutschland von seiner Substanz lebt, mehr Wissen importiert als exportiert und der Bereich der Spitzentechnologie zunehmend an Boden verliert. Die schwache Konjunktur bedroht die Innovationskraft der deutschen Industrie, die Zahl der Firmengründungen geht zurück, besorgniserregend ist, dass der Mittelstand sich zunehmend aus der Forschung und Entwicklung zurückzieht.

Die Finanzschwäche der Länder und der schleichende Rückzug des Bundes aus der Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“ bedrohen die im letzten Jahrzehnt erreichte Qualität der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Ostdeutschland. Die Bundesregierung hat mit speziellen Programmen den Versuch unternommen, der Situation in den neuen Bundesländern gerecht zu werden, ohne jedoch eine Gesamtstrategie zu verfolgen. Sie hat zudem die Chancen für eine Ansiedlung von Großforschungsgeräten nicht ergriffen.

Die Antragsteller sehen die Notwendigkeit der Durchführung eines dreifachen indirekten und breitenwirksamen Maßnahmenbündels, damit Deutschland einen seiner Größe angemessenen Beitrag zur europäischen Vision erfüllt, bis zum Jahre 2010 der dynamischste und wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Erde zu werden:

1. Anhebung der staatlichen Forschungsausgaben
2. Erhöhung der Anreize für die Wissenschaft zur Kooperation mit der Wirtschaft
3. Verbesserung der Fähigkeit der Unternehmen für Innovationen.

Im Einzelnen wird die Bundesregierung zu einem umfangreichen Maßnahmenkatalog aufgefordert, der darauf zielt,

1. innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen,

2. die staatliche Förderpolitik zu reformieren,
3. die Forschungslandschaft Ost zu stärken.
2. Der Europäische Rat hat beschlossen, dass die Europäische Union im Jahre 2010 der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt sein soll und dass jedes Mitgliedsland zu diesem Zweck einen Anteil von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Forschung investieren soll.

Gegenwärtig wird Deutschland diesem Anspruch nicht gerecht, da es mehr Wissen und Hochtechnologie importiert als exportiert und die rasanten Zuwachsraten der Forschungsförderung anderer Länder nicht erreicht.

Die Antragsteller verweisen auf erhebliche Defizite in der Forschungsförderung, die der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen „Strategische Forschungsförderung“ aufgeführt hat. Um die vereinbarten Ziele zu erreichen und die strukturellen Defizite zu beseitigen, wird ein Aktionsplan der Bundesregierung für eine freie, effiziente und innovative Forschung als dringend notwendig erachtet.

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

- sich ressortübergreifend über Prioritäten der Forschungsförderung zu verständigen,
- die Verantwortung für die Forschungsförderung in Deutschland beim Bundesministerium für Bildung und Forschung zu konzentrieren,
- die Ressortforschung des Bundes umfassend intern und extern zu evaluieren,
- bürokratische Verfahren für Genehmigungen von Forschungsprojekten und Dokumentationspflichten deutlich zu reduzieren,
- entsprechend dem Vorschlag des Wissenschaftsrates ein Forum für Forschungsförderung aus Vertretern der großen Wissenschaftsorganisationen, Stiftungen, Hochschulen sowie des Bundes und der Länder einzurichten,
- auf europäischer Ebene den Abschlussbericht zum Europäischen Forschungsrat in konkrete Handlungen umzusetzen,
- bei der Vorbereitung des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms darauf hinzuwirken, dass bei den thematischen Schwerpunkten sowohl Projekte aus der Grundlagen-, der anwendungsorientierten und angewandten Forschung enthalten sind,
- dem Antrag der FDP-Fraktion für die Einführung eines modernen Wissenschaftsvertragsrechts zuzustimmen,
- das Hochschulrahmengesetz zu novellieren,
- die Mittel für die industrielle Gemeinschaftsforschung deutlich zu verstetigen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 14. Januar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/1696 – empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner Sitzung am 14. Januar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/1696 – empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner Sitzung am 14. Januar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/1696 – empfohlen.

2. Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 14. Januar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/1932 – empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner Sitzung am 14. Januar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/1932 – empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner Sitzung am 14. Januar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/1932 – empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen – Drucksachen 15/1696 und 15/1932 – in seiner 26. Sitzung am 14. Januar 2004 beraten und empfiehlt Ablehnung der Anträge mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird hervorgehoben, dass der vorliegende Antrag einen substantiellen Beitrag für die Verstärkung der Forschungsförderung leistet. Sie stellt fest, dass 50 Prozent der Haushaltsmittel für die Vergangenheitsbewältigung und nur ein kleiner Teil für Innovation und Forschung ausgegeben werden. Sie bekennt sich zu einer Haushaltsumschichtung zugunsten von Innovation und Forschung. Eine weitere Subvention der Steinkohle in zweistelligen Milliardenbeträgen sei ein falsches Zeichen.

Der Antrag enthalte klare Antworten auf die Fragen, wie die Leistungen von Wissenschaft und Forschung in marktfähige Produkte überführt und wie man die Rahmenbedingungen für Venture-Capital verbessern könne.

Ideologische Schranken hinsichtlich der Forschungsfelder Gen- und Kerntechnik lehne sie entschieden ab. Sie weist darauf hin, dass die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dazu führten, dass immer mehr Unternehmen ins Ausland gehen würden; die Firma Siemens verlagere z. B. 15 Prozent ihrer Ingenieurleistung ins Ausland.

Ferner wird die überbordende Bürokratie im Hochschulsystem, in der außeruniversitären Forschung und bei der Beantragung von Forschungsprojekten kritisiert.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert eine größere Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit der Programme des Bundes und eine Ausweitung der Programm- und Projektförderung im Jahr der Innovationen 2004.

Der Wissenschaftstarifvertrag werde seit Jahren von der Bundesregierung angekündigt, er liege bis heute nicht vor.

Die Antragsteller betonen, dass die Fachhochschulen einen wichtigen Beitrag für die lokale Wirtschaftskraft leisten würden und dass dort eine stärkere Fokussierung auf die Forschung notwendig sei.

Der Anteil der industrienahen Forschung an den Hochschulen sinke stetig, so dass der Antrag eine Forschungsprämie für eingeworbene Drittmittel als Anreiz vorsehe. Wenn man die europäische Erweiterung ernst nehme, müsse man die Programme zur grenzüberschreitenden Netzwerkbildung für die Beitrittsländer Polen und Tschechien öffnen.

Die neuen Bundesländer müssen in die Lage versetzt werden, ein eigenes Wirtschaftswachstum zu erreichen. Man erkenne zwar an, dass ein großer Teil der bisher aufgelegten Programme wie „regionale Wachstumskerne“ eine positive Wirkung gehabt hätten. Die Haushaltsmittel dafür müssten aber aufgestockt und das auslaufende Programm nach einer positiven Evaluation fortgesetzt werden.

Die Antragsteller kritisieren, dass in den neuen Bundesländern kein Großforschungsgerät gebaut werde, das neues Wirtschaftswachstum ermöglichen könnte. Es sei auch unbefriedigend, dass Deutschland zwar einen finanziellen Beitrag für den Kernfusionsreaktor ITER leiste, dieser aber letztlich in Japan oder Frankreich gebaut werde.

Zum Abschluss werden die Forschungs-GmbHs in den neuen Bundesländern angesprochen, die über keine Grundfinanzierung verfügen. Die CDU/CSU-Fraktion fordert, dass diese GmbHs in Absprache zwischen Bund und Ländern einer Evaluierung unterzogen werden und bei positivem Ausgang die Möglichkeit erhalten sollten, in die bestehende Wissenschaftslandschaft eingegliedert zu werden.

Völlig unakzeptabel sei das bei den Leibniz-Instituten angewandte „Omnibus-Prinzip“. Es führe dazu, dass nicht das wissenschaftliche Potenzial einer Forschungseinrichtung, sondern die finanzielle Lage des Bundes ausschlaggebend sei.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird betont, dass sie das Thema Innovation zum zentralen Thema der politischen Debatte gemacht habe. Ohne Breitenförderung sei jedoch keine wissenschaftliche Spitzenleistung möglich. Sie befürworte einen umfassenden Subventionsabbau zu Gunsten von Bildung und Forschung. Der Wissenschaftstarifvertrag sei bisher von den Ländern blockiert worden. Die BAT-Strukturen seien international nicht mehr wettbewerbsfähig,

und die Länder müssten ihre Blockaden abbauen und in der Tarifgemeinschaft initiativ werden.

Beide Anträge enthielten gute Ansätze, einige Ausführungen wären jedoch veraltet, wie die Ausführungen zur Verwertungsinitiative, die 2003 nicht ersatzlos auslaufe. Die dargestellte Zahlungsbilanz technologischer Dienstleistungen sei in der aufgeführten Form nicht richtig.

Auf der Klausurtagung in Weimar sei ausdrücklich betont worden, dass Ostdeutschland eine forschungspolitische Modellregion werden solle. Was bisher im Großraum Dresden mit Bundesfördermitteln erreicht worden wäre, sei großartig. Daher müsse man den eingeschlagenen Weg weiter voranschreiten.

Von Seiten der **FDP-Fraktion** wird erklärt, dass die Einsparungen in Bildung und Forschung ein Armutszeugnis für die deutsche Politik sind. Alle Subventionen müssten auf den Prüfstand. Man befürchte jedoch, dass die dort eingesparten Gelder letztlich nicht der Bildung und Forschung zugute kämen.

Die Antragsteller weisen auf ihren Antrag zum Wissenschaftstarifvertrag hin und erwarten, dass die Koalitionsfraktionen in Kürze darauf reagieren. Sie appellieren, das gegenseitige Schlechtreben zu beenden und gemeinsam die erkannten Defizite zu beseitigen.

Dem Antrag liege die Überlegung zugrunde, dass vor dem Hintergrund des Geldmangels in öffentlichen Haushalten Finanzreserven mobilisiert und Doppelungen von Förderinitiativen vermieden werden müssten. Die Vertreter der Bundesregierung werden aufgefordert zu erklären, wie sie auf die Ausführungen des Wissenschaftsrates reagieren wollen und welche Rolle der Innovationsrat spielen werde.

Die Defizite in der Forschungsförderung wären kein rein ostdeutsches Problem, es sei in Zukunft notwendig, gesamtdeutsch zu denken.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sieht aufgrund der bisherigen Debatte das Einvernehmen der Fraktionen, die Innovationskraft Deutschlands zu stärken und die erkannten Defizite abzubauen. Sie weist aber darauf hin, dass offensichtlich nicht in allen Bundesländern und auch nicht in der freien Wirtschaft angekommen sei, dass man die Mittel für Bildung und Forschung nicht kürzen dürfe.

Die Rahmenbedingungen für die Industrieforschung in Deutschland wären nicht schlecht, und man solle nicht durch ständiges Klagen den Exodus der Forschung herbeireden. Wenn die Firma Siemens ankündige, mit ihrer Forschung ins Ausland gehen zu wollen, dann stünde dies im Gegensatz zum Konkurrenten General Electric, der in Garching ein neues Forschungszentrum aufbaue.

Die Koalition habe Innovation, Bildung und Forschung zum politischen Schwerpunkt des Jahres 2004 gemacht. Die Bildungs- und Forschungspolitiker hätten sich bereits vor einem Jahr um diesen Schwerpunkt bemüht, daher seien Teilkritiken am Rückgang des Forschungshaushaltes berechtigt.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vermisst in den Anträgen Forderungen zur Verbesserung der Bildung als Fundament jeder Innovation. Zum Wissenschaftstarifvertrag habe sie eigene Vorschläge gemacht und hoffe, dass man jetzt fraktionsübergreifend in der Frage weiterkomme. Es wird hervorgehoben, dass insbesondere die Rahmenbedingungen für die wichtigen Zukunftsmärkte Mikrosystemtechnik, Nanotechnologie und große Bereiche der Biotechnologie sowie die Energietechnik verbessert werden müssten. Ein starres Ressortdenken behindere die innovative Entwicklung. Die aktuelle Innovationsdiskussion beschränke sich allerdings zu sehr auf die technologische Innovation. Eine gesamtgesellschaftliche Innovationsoffensive müsse auch Zukunftsmärkte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Leben im Alter einbeziehen. Die vorliegenden Anträge gingen in die richtige Richtung, sie würden aber nur Teilaspekte des Ganzen berücksichtigen.

Von Seiten der Regierung wird erklärt, dass die Verhandlungen zur Flexibilisierung des Wissenschaftstarifes zurzeit laufen würden und der letzte Versuch an der Tarifgemeinschaft der Länder gescheitert sei.

Bei der Neuausschreibung von ProInno werde die internationale Öffnung für Beitrittsländer vorgesehen.

Was die Ansiedlung von Großforschungsgeräten in Ostdeutschland angehe, sei das Bundesministerium für Bildung und Forschung den Empfehlungen des Wissenschaftsrates gefolgt. Im Übrigen werde der Wendelstein 7-X in Greifswald gebaut.

Die Entscheidung, den Kernfusionsreaktor ITER nicht in Deutschland zu bauen, sei bereits unter der Regierung von Helmut Kohl gefallen.

Für die Forschungs-GmbHs wäre das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit zuständig.

Die Diskussion über die Vorschläge des Wissenschaftsrates wäre noch nicht abgeschlossen, sie würden sehr ernst genommen.

Vor dem Hintergrund des Vorwurfs, dass im gesamten Forschungs- und Bildungsbereich Einsparungen vorgenommen worden wären, wird ausgeführt, dass trotz des Sparhaushaltes im Bildungs- und Forschungshaushalt 2004 eine Steigerung von 6 Prozent erreicht worden sei. Öffentliche Hand und Industrie müssten in Zukunft große Anstrengungen unternehmen, wenn sie ihren Anteil am 3-Prozent-Ziel erreichen wollten.

Berlin, den 14. Januar 2004

Ulrike Flach
Vorsitzende und
Berichterstatlerin

Jörg Tauss
Berichterstatler

Michael Kretschmer
Berichterstatler

Hans-Josef Fell
Berichterstatler

